

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/73

17. April 1974

Gegenseitige Ergänzung für Europa

Die Zukunft des Europarats und die Europäische  
Gemeinschaft

Von Georg Kahn-Ackermann MdB  
Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europa-  
rats

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Wir wissen zuwenig voneinander

Bundestagsdelegation informierte Kollegen in Washingto

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Ein negatives Musterbeispiel

Die US-Berichterstattung der FAZ

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 / 30 Zeilen

Mehr Chancen für die Freizeit

Bürgernahe Aktivität der Bundesregierung

Von Friedel Schirmer MdB  
Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und  
Gesundheit

Seite 6 und 7 / 83 Zeilen

Der "Minute-Man" der Union

Prof. Biedankopf ist immer als erster da

Von Uwe-Karsten Heye  
Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 8 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausstraße 2-10  
Postfach: 120 409  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Telefon: 22 80 37 - 38

Gegenseitige Ergänzung für Europa  
-----

**Die Zukunft des Europarats und die Europäische Gemeinschaft**

Von Georg Kahn-Ackermann MdB

Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats

Für die zukünftige Arbeit des Europarats, der gegenwärtig seine Rolle gründlich überdenkt, um eine geeignete Aufgabenstellung für die Zukunft zu entwickeln, hat die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) erhebliche Bedeutung. Beide Institutionen reklamieren den Europa-Gedanken für sich und machen sich dabei zuweilen gegenseitig Konkurrenz. Dies muß nicht unbedingt ein Nachteil sein, denn Konkurrenz belebt bekanntlich das Geschäft. Die Frage ist nur, mit welchen Spielregeln diese Konkurrenz ausgetragen wird und ob sich geeignete Formen der Zusammenarbeit finden lassen.

Das Ministerkomitee des Europarats hat in einer EntschlieÙung vom 24. Januar 1974 den Generalsekretär beauftragt, einen adäquaten Informationsaustausch zwischen Europarat und EG zu entwickeln sowie regelmäßige Treffen und Kontakte zu sichern, um periodisch jene Programme zu überprüfen, die für die Arbeit beider Institutionen wichtig sind, und gemeinsame Interessensphären zu suchen.

An Versuchen, die in Richtung einer verstärkten Zusammenarbeit gehen, hat es auch in der Vergangenheit nicht gefehlt. Artikel 230 EWG-Vertrag sieht übrigens ausdrücklich eine zweckdienliche Zusammenarbeit mit dem Europarat vor. Bemerkenswert bei den bisherigen Versuchen war jedoch nur die Übereinkunft zwischen dem Ministerkomitee des Europarats und der EWG-Kommission von 1959, die in Form eines Briefwechsels zwischen dem damaligen Kommissionspräsidenten, Hallstein, und dem damaligen Generalsekretär des Europarats, Benvenuti, geschlossen wurde. In dieser Übereinkunft war eine Beteiligung von Vertretern der Kommission an der Beratung von Fragen vorgesehen, die auch für die EG von Bedeutung sind, und zwar sowohl auf der Ebene

des Ministerkomitees als auch der Ständigen Vertreter sowie von Experten-Ausschüssen des Ministerkomitees.

Die Zusammenarbeit, die auf Grund dieser Übereinkunft zustande kam, war nicht sehr erfolgreich. Auch die gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlaments einmal im Jahr hat diese überwiegend negative Bilanz nicht wesentlich verbessern können. Die Ursache dafür ist vor allem darin zu sehen, daß das Ausmaß der Zusammenarbeit auf dieser Basis zu gering und ihre Permanenz nicht gesichert war.

Es wird die Aufgabe des Generalsekretärs des Europarats sein, hier Abhilfe zu schaffen und geeignete Vorschläge zu machen, um beides, Ausmaß und Permanenz der Zusammenarbeit, für die Zukunft sicherzustellen. Die Einrichtung eines Verbindungsbüros des Europarats zu den Institutionen der Gemeinschaft auf möglichst hoher Ebene bietet sich hier an, denn nur so kann eine kontinuierliche Zusammenarbeit entstehen. Es geht nicht darum, eine Institution vor den Karren der anderen zu spannen. Jede von ihnen braucht ein Eigenleben, das durch die unterschiedliche Aufgabenstellung bestimmt wird. Erst wenn die Grundtatsache voll anerkannt ist, läßt sich sinnvoll über Zusammenarbeit diskutieren.

Richtig verstanden kann die jeweilige Rolle von Europarat und EG nur komplementär sein. Beide europäischen Zusammenschlüsse unterscheiden sich zwar nach Zusammensetzung und Intensität der Zusammenarbeit, aber sie ergänzen sich in ihrer europäischen Aufgabenstellung: der ältere und größere Europarat besitzt eine stärker gesamteuropäisch geprägte Legitimation. Die jüngere und kleinere, dafür aber engere Gemeinschaft der Neun spiegelt die starke Verflechtung fast aller Lebensbereiche ihrer Mitgliedstaaten wider und versucht, für gemeinsame Herausforderungen auch gemeinsame Lösungen zu finden und durchzuführen. Die eine kann die andere nicht ersetzen, wohl aber kann jede den Horizont der anderen erweitern.

(-/17.4.1974/ks/pr)

(SPD-MdB Georg Kahn-Ackermann kandidiert als erster Deutscher für den Posten des Generalsekretärs des Europarats)

+ + +

Wir wissen zuwenig voneinander

Bundestagsdelegation informierte Kollegen in Washington

Man wisse in den USA inzwischen, daß Europa differenzierter gesehen werden müsse, und daß nicht nur an Paris gedacht werden könne, wenn man von diesem Kontinent sprache. Diese Erklärung eines amerikanischen Abgeordneten, mit der sich Vizepräsident Gerald Ford inhaltlich identifizierte, kann sicherlich als ein greifbares Ergebnis des Besuches gewertet werden, zu dem sich sieben Abgeordnete des Bundestages unter der Leitung von Parlaments-Präsidentin Annemarie Renger in den USA aufgehalten haben. Der weitere Nutzen dieses Besuches wird mehr im nicht unmittelbar meßbaren klimatischen Raum liegen.

Die sieben MdBe aus allen Parteien konzentrierten sich auf Gespräche mit Mitgliedern beider Häuser des Kongresses und verzichteten auf die sonst sehr beliebten, aber politisch wenig ertragreichen Rundreisen durch das Land. Bei diesen Gesprächen kam das angesichts der nun schon Jahrzehnte alten engen Beziehungen zwischen beiden Staaten überraschende Faktum zutage, daß der Informationsstand der beiden Seiten übereinander außerordentlich mässig ist. Die deutsche Delegation konnte viel über die effektive Arbeitsweise lernen, mit der die amerikanischen Abgeordneten ihre Regierung kontrollieren, aber auch mit Neid die Hilfen registrieren, die den Mitgliedern des Repräsentantenhauses dafür zur Verfügung stehen: bis zu 16 Mitarbeiter darf ein Abgeordneter beschäftigen und dafür 176.000, in begründeten Ausnahmefällen sogar 193.000 Dollar im Jahr zu Lasten des Parlaments aufwenden.

Größer als der Nutzen aus dieser Erkenntnis dürfte jedoch der sein, der der Bundesrepublik aus dem verbesserten Deutschlandbild zahlreicher amerikanischer Abgeordneter erwächst. Der normale amerikanische Parlamentarier schaut viel mehr nach drinnen, in seinen Wahlkreis, als nach draußen. Außenpolitik interessiert ihn in der Regel nur so weit, wie sie seine Wähler interessiert, und dort ist die Stimmung weit verbreitet, daß die amerikanischen Soldaten in Deutschland für Europa Wache hielten und von den Europäern dafür noch ins Kreuz getreten würden. Daß es nicht so ist, legten die Bundestags-Abgeordneten mit sehr eindeutigen Zahlen klar: Der amerikanische Export in die Länder der europäischen Gemeinschaft ist

1973 um vierzig vH. gestiegen, der US-Agrarexport nach Europa sogar um siebenzig vH. Von den Streitkräften der Allianz, die Europa verteidigen sollen, stellen die Europäer neunzig vH. der Landstreitkräfte, achtzig vH. der Seestreitkräfte und 75 vH. der Luftstreitkräfte. Seit 1961 hat die Bundesrepublik, die vierzig vH. der Kosten für die Verteidigung Europas trägt, an die USA 34 Milliarden DM und an Großbritannien 5,5 Milliarden DM Devisenausgleich gezahlt.

Die amerikanischen Gesprächspartner nehmen diese Zahlen mit Interesse und Respekt zur Kenntnis, was sie jedoch nicht hinderte, von der Europäischen Gemeinschaft, und dazu gehört schließlich auch die Bundesrepublik, mehr Leistungen zu fordern als bisher. Das werde, so ließ man unverhüllt erkennen, eine wesentliche Voraussetzung für Form und Stärke der amerikanischen Präsenz in Europa sein, wenn auch unmittelbar nicht an eine Truppenverringerung gedacht werde. Geradezu zur Wehr setzen mußten sich die deutschen Abgeordneten gegen amerikanische Vorstellungen, die Bundesrepublik könne eine Führungsrolle innerhalb der EG und innerhalb des europäischen Elements der NATO übernehmen. Die hier empfundenen politisch-psychologischen Grenzen der Möglichkeiten der Bundesrepublik werden häufig nicht verstanden. Als Beispiel dafür mögen die Ausführungen des Abg. Henry Reuss stehen, der erklärte: "Ihr habt eine geringere Inflationsrate als wir, geringere Arbeitslosigkeit, geringere Stagnation. Ihr deutschen Demokraten, ob sozial, christlich oder frei, welche Vorsilbe ihr immer dabei habt, ihr habt einen moralischen Führungsanspruch. Wenn eure Politik bis 1945 auch nichts getaugt hat, so ist die von euch seither erreichte politische Stabilität eines der Weltwunder der modernen Gesellschaft."

Der Verlauf des Besuches hat gezeigt, daß die Informationsarbeit der Bundesrepublik für die amerikanischen Abgeordneten sehr intensiv fortgesetzt werden muß, denn über den Weg der amerikanischen Politik hängen auch weiterhin die Entwicklung Europas und seine Sicherheit ab. Über diesen Weg aber entscheidet auch dort die Mehrheit, und nicht die wenigen Fachleute. Wer diese Informationsarbeit in Zukunft leistet, der Bundestag oder die Bundesregierung oder beide parallel, ist zunächst einmal von zweitrangiger Bedeutung. Wichtig ist es sicherzustellen, daß Verständnis und Zusammenarbeit nicht unter mangelnder Information leiden.

Wolfgang Fechner  
(-/17.4.1974/ks/ee)

+ + +

Ein negatives Musterbeispiel

Die US-Berichterstattung der FAZ

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Hinter der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" steckt bekanntlich immer ein "kluger Kopf". Er weiß alles besser, auch wenn er nicht dabei war. Aktuelles Musterbeispiel dieser "Weitsicht": der glossierende Kommentar "Amerika und wir" auf der ersten Seite der FAZ vom 13. April 1974. Dort werden mit der ironisch sein sollenden Einleitung "Reisen bildet" die Aussagen der Bundestagspräsidentin Annemarie Renger über das deutsch-amerikanische Verhältnis in Zweifel gezogen; die ans Hysterische grenzende Berichterstattung der FAZ über zunehmende Spannungen zwischen den USA und der Bundesrepublik wird fortgesetzt.

Der Korrespondent der "Frankfurter Allgemeinen" war zwar dabei, als die Delegationsmitglieder in Washington über ihre Gespräche berichteten. Doch die Tatsache, daß der amerikanische Außenminister Henry Kissinger erklärt hat, es gäbe keine Nichtübereinstimmung von irgendeiner Bedeutung zwischen den USA und der Bundesrepublik scheint den FAZ-Korrespondenten ebensowenig beeindruckt zu haben wie die Aussage von Wayne Hays, des Vorsitzenden des einflußreichen Verwaltungsausschusses des Repräsentantenhauses und Leiters der amerikanischen Delegation bei der Nordatlantischen Versammlung, daß es bilaterale Probleme zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten nicht gäbe. Auch der Bericht über die positiven Aussagen des US-Verteidigungsministers Schlesinger über die Bundesrepublik hat in die FAZ keinen Eingang gefunden.

Bleibt die Vermutung, daß der "kluge Kopf" hinter der FAZ die Bundestagspräsidentin prinzipiell für unglaubwürdig hält: sie ist ja Sozialdemokratin. Die Herausgeber der "Frankfurter Allgemeinen" seien darum gebeten, sich um ein Interview mit den CDU/CSU-Abgeordneten Richard von Weizsäcker bzw. Hermann Höcherl zu bemühen. Beide haben als Mitglieder der Delegation in hervorragender Weise die deutsche Position in den Vereinigten Staaten vertreten; und wenn schon nicht über ihre Washingtoner Korrespondenten, so könnten die Leser der FAZ vielleicht auf diesem Umweg etwas Objektives über die deutsch-amerikanischen Beziehungen erfahren. (-/17.4.1974/ks/pr)

+ + +

## Mehr Chancen für die Freizeit

---

### Bürgernahe Aktivität der Bundesregierung

Von Friedel Schirmer MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Förderung von Angeboten für Freizeit und Erholung ihre Absicht erklärt, daß sie künftig verstärkt auf Verbesserungen für die Freizeitsituation der Bürger hinwirken würde, auch wenn dies in der Regel Aufgabe der Bundesländer sei. Wer in den Ländern, den Gebietskörperschaften und den privaten Institutionen daran interessiert ist, daß Freizeit und Erholung sinnvoll genutzt werden, wird die richtungweisenden Aussagen der Bundesregierung begrüßen, intensiv studieren und nutzen.

Die Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten wird von der Bundesregierung als eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe gewertet. Aber Freizeit dürfe nicht isoliert von anderen Lebensbereichen, insbesondere von der Arbeitswelt, gesehen werden. Wer die Freizeitchancen für breite Bevölkerungskreise verbessern wolle, müsse den engen Zusammenhang zur Politik der Humanisierung der Arbeitswelt sehen. Eine solche Zuordnung wird noch immer erschwert, weil gesicherte Prognosen zur Entwicklung des Freizeitverhaltens nicht vorliegen und wissenschaftliche Erörterungen zu unterschiedlichen Aussagen kommen.

Bisherige fördernde Maßnahmen waren nicht mit integrierten, ressortübergreifenden Konzeptionen verbunden, die es aber nun zu erarbeiten gilt. Diese Aufgabe wurde bundespolitisch erstmals durch Bundeskanzler Willy Brandt in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 direkt angesprochen und dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit übertragen. Die Bundesregierung hat jetzt damit begonnen eine Konzeption zur Koordinierung ihrer freizeitpolitischen Aktivitäten zu erarbeiten. Dabei geht sie davon aus, daß sich der Staat der planenden Vorsorge für die Freizeit als einer politischen Aufgabe annehmen muß, wenn wichtige Merkmale von Freizeit erhalten und für alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden sollen: freie Wahlmöglichkeiten und Eigenentscheidung. Dabei werden geeignete Formen des Zusammenwirkens von freien und öffentlichen Trägern zu entwickeln und zu erproben sein, um ein ausgewogenes Nebeneinander von gemeinnützigen und kommerziellen Angeboten zu erreichen.

Freizeitpolitik muß als ein Teil der Gesellschaftspolitik stets ergänzend und darauf gerichtet sein, humane, sozial gerechte und demokratische Lebens- und Altersbedingungen zu schaffen. Die Bundesregierung will mit ihrer

Freizeitpolitik zu verbesserten Angeboten beitragen, aber Freizeitangebote nicht vorschreiben. Es gilt, eine möglichst große Zahl unterschiedlicher Angebote zu schaffen, unter denen der Bürger frei auswählen kann. Aus diesem Grundsatz ergeben sich Folgerungen für die Raum- und Siedlungsstruktur unter Einbeziehung freizeitgerechter Wohnungen. In neuen Siedlungen wie auch in Sanierungsgebieten wird ein bedarfsorientiertes, vielfältiges Angebot von Freizeiteinrichtungen zu schaffen sein.

Künftig soll sich ein Vorrang für Freizeit und Erholung der Bürger an den aufgezeigten Kriterien orientieren, nach denen auch die gesetzlichen Bestimmungen zu gestalten sein werden: In den Rahmen der Bundesprogramme zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sind auch Freizeit-, Spiel- und Sportanlagen einzubeziehen. Dabei wird der Entwicklung des Freizeitsports große Bedeutung zugemessen. Die dem Breiten- und Freizeitsport dienenden Fördermaßnahmen, die für das Bundesgebiet als Ganzes bedeutsam sind und von einem Land allein nicht durchgeführt werden können, sollen unterstützt werden. Das soll auch für breitensportliche Maßnahmen wie für die Aus- und Weiterbildung der Sportlehrer und der Sportärzte gelten. Gemeinsam mit den Gebietskörperschaften ist anzustreben, ausreichende freizeitorientierte Mehrzweckanlagen für Sport, Spiel und Erholung zu schaffen, die auch Kommunikationszentren sein müssen, einen hohen Freizeitwert gewährleisten, familiengerecht sind und allen Bevölkerungs- und Altersschichten zugute kommen.

Den Freizeithedürfnissen der Kinder, der alten Menschen, der Behinderten, der Groß- und Problemfamilien sowie der ausländischen Bevölkerungsteile will die Bundesregierung eine Vorrangigkeit einräumen. Es ist beabsichtigt, beispielhafte, überregional bedeutsame, integrierte Freizeit-Modellvorhaben besonders zu fördern. Auch für Familienferienstätten sollen spezielle Modelle entwickelt und erprobt werden.

Die jetzt zu schaffende freizeitpolitische Konzeption soll eine Grundlage für die gesetzgeberischen, administrativen, investiven sowie Informations- und Forschungsvorhaben des Bundes sein und die Erörterung der Zielvorstellungen, Planungen und Maßnahmen zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und freien Trägern erleichtern und die Zusammenarbeit intensivieren.

Alle nach dem Grundgesetz bestehende Zuständigkeit beabsichtigt die Bundesregierung für den Freizeitbereich auszuschöpfen. Soweit keine unmittelbare Zuständigkeit besteht, ist vorgesehen, die zuständigen Stellen mit der Ausarbeitung von Empfehlungen zu unterstützen. Zu hoffen ist, daß schon in naher Zukunft und gemeinsam mit den Bundesländern, den Gebietskörperschaften, privaten Institutionen und Persönlichkeiten eine Anzahl der dargestellten Maßnahmen zu erreichen sein wird. Die Bürger werden solche Aktivitäten zu würdigen wissen.

(-/17.4.1974/ks/pr)

+ + +

Der "Minute-Man" der Union  
-----

Prof. Biedenkopf ist immer als erster da

Von Lue-Kersten Hays

Stellv. Sprecher des SPD-Vorstandes

Da horchte man auf, rieb sich die Augen, las noch einmal nach in den Zeitungen der Republik und sah sich erneut konfrontiert mit der Schlagzeile: "Niedersachsen entscheiden für oder gegen Willy Brandt" - Biedenkopf was here!

Die "Frankfurter Rundschau" registrierte "stürmischen Beifall" der Delegierten des CDU-Landesparteitages in Braunschweig, vor dem der neue ideologische Vorturner der Union solcherlei hinausposaunt hatte. Bei soviel lärmender Aufgeregtheit war denn fast untergegangen, daß der akademisch vorgebildete Waschmittel-Experte im Adenauerhaus, der seiner Partei gern eine ideologische Lodenjoppe verpassen will, davon wenig später nichts mehr wissen wollen durfte. Pikant war dabei, daß der Pressesprecher der C-Parteien ausersehen wurde, den "Salto rückwärts" anzupfeifen, den Biedenkopf springen mußte.

Um seinem gewichtigen Herrn den gewagten Sprung zu erleichtern, sorgte Pressesprecher Weiskirch erst einmal dafür, daß die Öffentlichkeit wegguckte. Das läßt sich bei der Union immer noch am besten anlegen, wenn man den Journalisten vorwirft, es sei "schlichtweg falsch", was sie ihren Zeitungen aus Braunschweig mitgeteilt hatten, ja, sie hätten die "Dinge nachgerade auf den Kopf gestellt".

Was muß passiert sein, daß die selbsternannten Retter der Pressefreiheit eine ihrer wichtigsten Zielgruppen derart in den verlängerten Rücken treten? Biedenkopf also durfte nicht gesagt haben, was er gesagt hat, was andere "schlichtweg falsch" gehört und dennoch pflichtgemäß in Nachrichten umgesetzt hatten. Doch ein Eigentümer fällt selten allein und Weiskirch kommt - bildlich gesprochen - bei dem Aktionsradius seines Managers immer öfter in eine Position, die trefflich zu beschreiben wäre mit: "Die Angst des Tormanns beim Elfmeter" (Peter Handke möge uns verzeihen).

Da hat doch Prof. Biedenkopf in der "Frankfurter Rundschau" ein wenig verklausuliert die schlichte Forderung erhoben, die Tarifautonomie für den Bereich des Öffentlichen Dienstes weitgehend außer Kraft zu setzen (Kluncker wird sich mächtig freuen). Erstaunlich ist dabei nur, daß Biedenkopf der Kriegserklärung, die er vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Bonn eloquent an die Gewerkschaften richtete, so schnell Taten folgen läßt. Katzer und Blüm werden sich ebenfalls schon vor lauter Vorfreude über derartig schwarze Aussichten mit den Händen auf die Schenkel klatschen. So ein Ordo-Liberaler ist schon was ganz Feines. Während Helmut Kohl zuhause die Reden von Willy Brandt studiert, entwickelt sich sein Biedenkopf mehr und mehr zur "Minute-Man"-Rakete der Union nach dem Motto: Er weiß zwar nicht genau, wo er hin will, ist aber immer als erster da.  
(-/17.4.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller